

Der Staat ist für die Menschen da

Eigentlich merken wir immer nur dann, welche große Errungenschaft ein gut funktionierender Staat ist, wenn etwas schief läuft – wenn er seinen Aufgaben nicht mehr nachkommt, wenn er in kritischen Situationen machtlos erscheint oder wenn er die Ideen engagierter Menschen ausbremst.

In Sachsen haben wir in den letzten Jahren erlebt, dass einiges in unserem Freistaat nicht funktioniert. Der Rechtsstaat konnte nicht in angemessener Form gegen rechtsextreme Ausschreitungen und Angriffe auf Migrant*innen vorgehen. Immer wieder hat sich der Eindruck verfestigt, dass etliche Staatsbedienstete rechtsextrem denken. So wurde das Vertrauen in unseren Rechtsstaat untergraben. Wir sehen, dass die Polizei – insbesondere außerhalb der großen Städte – kaum präsent ist und sich damit bei vielen Menschen ein Gefühl von Unsicherheit breit macht. Statt diese Probleme wirklich anzugehen, hat die CDU-SPD-Koalition mit ihrem neuen Polizeigesetz vor allem die Freiheitsrechte der Bürger*innen in Sachsen ausgehöhlt.

Gleichzeitig blockiert die Staatsregierung das Engagement derer, die dieses Land zu einem besseren entwickeln wollen. Nach über 25 Jahren CDU-Herrschaft atmet das Staatsverständnis der Regierenden in Sachsen nur noch den Geist des Obrigkeitsstaates. Wirksame Beteiligungsrechte der Bürger*innen fehlen genauso wie eine wirkliche Transparenz des staatlichen Handelns, die es den Menschen ermöglicht, Probleme frühzeitig zu erkennen.

Wir GRÜNE wollen das ändern. Wir wollen Sachsen wieder zu einem echten Rechtsstaat machen. Wir stehen für einen Staat, der für die Menschen da ist, wenn sie ihn brauchen – ob im Kleinen, wenn man den Notruf wählt, oder im Großen, wenn es darum geht, die Menschen zu unterstützen, die sich für Menschlichkeit und gegen Hass engagieren. Wir wollen rechtsstaatliche Strukturen in Sachsen stärken und Freiheit, Gerechtigkeit, Menschlichkeit und Toleranz als die Werte unserer Institutionen verankern.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen einen Staat, der die Freiheit der Menschen respektiert und schützt. Freiheit ist für uns kein Etikett, sondern eine politische Verpflichtung – nicht zuletzt aufgrund unserer Wurzeln in der DDR-Bürgerrechtsbewegung. Der Staat ist für die Menschen da, nicht umgekehrt. Er soll die Bürger*innen so weit wie möglich unbehelligt lassen und ihre Selbstbestimmung garantieren. Unsere Freiheit darf nicht haltlosen Sicherheitsversprechen geopfert werden.

Wir wollen einen Freistaat, der es den Bürger*innen ermöglicht sich einzubringen und die Zukunft unseres Landes zu gestalten. Sachsen braucht eine starke Zivilgesellschaft und das Engagement seiner Bürger*innen. Wir wollen deshalb endlich die Blockaden aufbrechen, die Menschen tagtäglich in ihrem Engagement für unsere Gesellschaft und ein anderes Sachsen behindern. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen stehen für einen grundlegenden politischen Kulturwandel, eine Politik umfassender Teilhabe und des gesellschaftlichen Zusammenhaltes. Dafür braucht es auch starke und selbstbewusste Parlamente – auf allen Ebenen.

Ein wirkmächtiger Staat, der für die Menschen da ist, setzt auf starke Kommunen und ermöglicht diesen, soviel wie möglich vor Ort zu entscheiden. Deshalb fordern wir mehr

Rechte für die Gemeinden und einen Finanzausgleich, der die Kommunen wieder handlungsfähig macht.

55 Da Sachsen Teil eines geeinten Europas ist, wollen wir bessere Beziehungen zu unseren Nachbarstaaten und eine klar pro-europäischen Politik des Freistaates, die sich nicht im Abgreifen von EU-Geldern erschöpft.

60 **Aufbruch für mehr Demokratie und Transparenz**

Politik soll nicht über die Köpfe der Menschen hinweg, sondern muss mit ihnen gestaltet werden. Wenn man die Menschen mit ihren Vorstellungen für unsere Gesellschaft wirklich ernst nimmt, muss man ihnen die Möglichkeit geben, diese
65 verwirklichen zu können. Wir GRÜNE stehen dafür ein, dass die Bürger*innen sich wirksam einbringen können, statt nur von oben in politischen Gnadenakten gelegentlich nach ihrer Meinung gefragt zu werden. Engagement braucht Transparenz. Wer nicht weiß, was der Staat und seine Verwaltung eigentlich vorhaben, kann dem auch nicht mit eigenen Ideen begegnen. Deshalb braucht eine neue politische Kultur
70 in Sachsen auch einen Aufbruch zu mehr Transparenz des Staates.

Bessere Bürger*innenbeteiligung und mehr Entscheidungsrechte für die Menschen

75 Weil wir überzeugt sind, dass viele Menschen viele gute Ideen für die Zukunft Sachsens haben, wollen wir ihnen die Chance geben, Politik auch zwischen den Wahlen mitzugestalten. Wir wollen dazu die **Hürden für Volksanträge und Volksbegehren deutlich senken**. Das Quorum zur Einreichung eines
80 Volksbegehrens wollen wir auf fünf Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung herabsetzen. Dafür, dass der Sächsische Landtag sich mit einem Anliegen im Rahmen eines Volksantrags befasst, sollen künftig 35.000 Unterstützungsunterschriften ausreichen. Zudem sollen Sachsens Bürger*innen künftig auch die Möglichkeit erhalten, einen **Volksentscheid** gegen ein vom Landtag verabschiedetes Gesetz
85 durchzuführen und auch Volksbegehren zu übergeordneten Planungsverfahren durchführen können. Auch der Landtag soll die Möglichkeit erhalten, ein bereits beschlossenes Gesetz zum Gegenstand eines Volksentscheids machen zu können.

Genauso wollen wir auf kommunaler Ebene die Gestaltungsmacht der Menschen
90 stärken. Die Voraussetzungen für Engagement im Rahmen von Beteiligung an politischen Prozessen müssen überall im Freistaat gleich sein. In keiner Gemeinde und keinem Landkreis soll für die Einleitung eines **Bürger*innenbegehrens** die Unterstützung von mehr als fünf Prozent der Einwohner*innen notwendig sein – das bisher geltende und übermäßig hohe Quorum an Ja-Stimmen für einen erfolgreichen
95 **Bürger*innenentscheid** wollen wir auf das verfassungsrechtlich zulässige Mindestmaß absenken. Bei Volks- und Bürger*innenentscheiden sollten die Informationen zu den jeweiligen Pro- und Contra-Positionen für jede*n transparent in Abstimmungsbüchlein dargestellt werden.

100 Viele Menschen in Sachsen setzen sich vor allem für die Gestaltung ihres unmittelbaren Lebensumfeldes vor Ort ein und wünschen sich hier mehr Möglichkeiten, ihre Ideen konkrete Politik werden zu lassen. Deshalb wollen wir in der

105 Gemeindeordnung auch verbindlich festschreiben, dass die Bürger*innen das Recht
haben, mit einer verhältnismäßig geringen Zahl an Unterschriften, **Informationen** über
anstehende Vorhaben der Verwaltungen oder die verbindliche **Beteiligung an**
110 **Planungen** mit geeigneten Instrumenten zu erzwingen. Die Einleitung solcher
Beteiligungsverfahren muss eine aufschiebende Wirkung für die Umsetzung der
Planungen haben, auf die sie sich beziehen. Die Gemeinden sollen dazu verpflichtet
werden, zur weiteren Ausgestaltung dieser Verfahren
110 **Bürger*innenbeteiligungssatzungen** zu erlassen.

115 Aber auch der beste Instrumentenkasten reicht nicht aus, wenn es in den Behörden in
Sachsen keine Kultur der Beteiligung gibt, die die Anliegen der Menschen wirklich ernst
nimmt. Anders als mitunter angenommen, liegt die große Chance für eine gute Zukunft
unseres Landes nicht in der Bürokratie der Amtsstuben, sondern in den Köpfen der
120 Menschen. Die Digitalisierung bietet viele neue Möglichkeiten für die Transparenz von
Behörden und zum Mitgestalten von demokratischen Entscheidungsprozessen. Diese
wollen wir GRÜNE nutzen, zum Beispiel durch eine zentrale **landesweite**
Beteiligungsplattform, auf der die Bürger*innen informiert werden und sie ihre
120 Meinung zu aktuellen Vorhaben artikulieren können. Wir wollen auch, dass alle
Beteiligungsmaßnahmen in einem bürger*innenfreundlichen Rahmen stattfinden, so
dass eine Beteiligung aller möglich ist. Dazu gehören die Barrierefreiheit der
Veranstaltungsorte oder ein verpflichtendes Angebot zur Kinderbetreuung bei
Veranstaltungen.

125 Häufig bewegen die Menschen in Sachsen ganz konkrete Probleme mit dem Handeln
von Behörden oder sie haben klare Wünsche an diese. Um diesen Anliegen besser
gerecht zu werden, brauchen wir in Sachsen ein **modernes Petitionsrecht**. Jede an
den Landtag gerichtete Petition soll in Zukunft online durch andere mitgezeichnet
130 werden können. Der Anspruch der Petent*innen auf eine öffentliche Anhörung des
Anliegens im Petitionsausschuss des Landtags soll bereits ab einer Schwelle von
2.500 Unterschriften greifen.

135 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- die Erleichterung von Volksbegehren im Land und Bürger*innenbegehren in den
Kommunen durch ein niedrigeres Quorum von jeweils 5 Prozent,
- niedrigere Hürden für Volksanträge an den Landtag,
- die Möglichkeit von Volksentscheiden gegen vom Landtag beschlossene
140 Gesetze,
- das Recht der Bürger*innen, in den Kommunen Beteiligungsverfahren zu
erwirken,
- ein modernes Petitionsrecht durch die Möglichkeit der Online-Mitzeichnung und
erleichterte Anhörungen im Landtag.

145

Wahlalter absenken und politische Bildung stärken

150 Man muss nicht volljährig sein, um zu wissen, welche Politik aus der eigenen Sicht die
richtige für unser Land ist. Deshalb wollen wir GRÜNE jungen Menschen mehr
zutrauen und das **aktive Wahlalter** für den Landtag und die Kommunalwahlen **auf 16**
Jahre senken sowie noch darüber hinausgehen und prüfen, ob unter 16-Jährige

selbstständig beantragen können sollen, sich ins Wähler*innenverzeichnis eintragen zu lassen.

155

Damit die breiteren Beteiligungsmöglichkeiten auch gut genutzt werden können, braucht es vor allem Wissen, denn manchmal erscheinen politische Prozesse kompliziert und kaum durchschaubar. **Politische Bildung** kann dabei helfen, diesen vermeintlichen Irrgarten zu verstehen. Wir sehen dabei die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung als eine wichtige Akteurin, die dieses Wissen vermitteln soll. Nicht nur wegen der in der Vergangenheit dominanten unkritischen und einseitigen Ausgestaltung von Diskussionsforen in Bezug auf PEGIDA sehen wir aber die Notwendigkeit, die Landeszentrale für politische Bildung neu aufzustellen. Sie soll unabhängiger von der Staatsregierung gemacht werden, indem sie stärker an den Landtag angebunden und mit einer*inem durch den Landtag gewählten Landesbeauftragte*n für politische Bildung an der Spitze versehen wird. Zudem fordern wir, dass im Kuratorium der Landeszentrale künftig je ein Sitz für die Landtagsfraktionen geschaffen und dass nicht-parlamentarische Kuratoriumsmitglieder von den Verbänden selbst benannt werden. Damit die Arbeit der Landeszentrale nachvollziehbar und effektiv gestaltet wird, fordern wir einen jährlichen Bericht des Landesbeauftragten und eine regelmäßige unabhängige qualitätsbezogene Evaluation der Arbeit.

160

165

170

175

Demokratie muss von klein auf gelernt werden. Kitas und Schulen müssen demokratisch gestaltet werden, damit Kinder und Jugendliche entsprechend ihres Alters mitwirken können. Wichtig ist, dass das Wissen über unser demokratisches System, seine Werte und Geschichte stärker im Unterricht der Schulen verankert wird. Wir wollen den **Gemeinschaftskundeunterricht** deshalb bereits ab der fünften Klasse einführen.

180

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- die Senkung des Wahlalters bei Landtags- und Kommunalwahlen auf 16 Jahre,
- eine starke Landeszentrale für politische Bildung, die an den Landtag angebunden ist,
- Gemeinschaftskundeunterricht ab der 5. Klasse.

185

Transparenter Staat statt gläserner Bürger

190

Bestmögliche Transparenz ist die Voraussetzung für das Engagement vieler Bürger*innen. Weil wir GRÜNEN wollen, dass sich möglichst viele Menschen für unsere Gesellschaft engagieren und sich mit ihren Ideen einbringen, wollen wir die Transparenz des Staates auf allen Ebenen verbessern und es den Menschen in Sachsen einfacher machen, sich umfassend über Planungen und Entscheidungen zu informieren. Damit soll ein Kulturwandel im Handeln der öffentlichen Verwaltung hin zu mehr Transparenz und der besseren Möglichkeit der Kontrolle eingeleitet werden.

195

Sachsen braucht ein Transparenzgesetz

Transparenz erhöht die Kontrollierbarkeit staatlichen Handelns und schafft Vertrauen. Zudem können die Bürger*innen in einem transparenten Staatswesen viel früher

205 Missstände und Probleme erkennen und sich entsprechend gesellschaftlich engagieren. Mit einem in seinen Grundlagen, Plänen und seinem Handeln transparenten Staat sind „die da oben“ keine abstrakten Vollstrecker*innen einer als möglicherweise sinnfrei empfundenen Bürokratie mehr, sondern Partner*innen in einem Dialog mit der Gesellschaft.

210 Deshalb wollen GRÜNE in Sachsen endlich ein modernes **Transparenzgesetz** umsetzen. Unser Ziel ist es, den sächsischen Bürger*innen einen Rechtsanspruch auf staatliche Information zu garantieren. Die Bürger*innen sollten unkompliziert und kostenlos Verwaltungshandeln und Entscheidungen nachvollziehen können. Alle zur Veröffentlichung geeigneten behördlichen Dokumente und Informationen des
215 Freistaates und der Kommunen sollen zukünftig unkompliziert auf einer zentralen **Transparenzplattform** abrufbar sein.

Wir GRÜNE wollen den Grundsatz durchsetzen, dass überall da, wo öffentliches Geld eingesetzt wird, um Software oder Daten zu generieren, diese auch der Öffentlichkeit
220 zur Verfügung gestellt werden (Open-Data-Prinzip).

Gäbe es in Sachsen einen Edward Snowden, der rechtswidrige Praktiken beim Verfassungsschutz aufdecken würde, so hätte er wohl ebenfalls nicht mit Dankbarkeit, sondern mit erheblichen Sanktionen zu rechnen. Aber manchmal ist unser Rechtsstaat
225 auf mutige Menschen angewiesen, die erhebliche Fehlentwicklungen oder gar rechtswidriges Handeln in Behörden offenbaren. Deshalb wollen wir den **Schutz von Whistleblower*innen** verbessern. Whistleblower*innen sind keine Nestbeschmutzer*innen oder Denunziant*innen. Ihnen kommt eine Schlüsselrolle bei der Aufdeckung schwerer Korruption, gravierender Fehlentwicklungen, nicht
230 hinnehmbarer Gefahren für Mensch und Umwelt oder bei der Aufklärung von Straftaten zu. Deshalb fordern wir einen umfassenden Schutz und das Absehen von strafrechtlicher und disziplinarrechtlicher Verfolgung, wenn durch Mitarbeiter*innen des öffentlichen Dienstes erhebliche Fehlentwicklungen aufgedeckt werden. Zur Korruptionsverhütung im öffentlichen Dienst soll zudem ein*e Vertrauensanwält*in
235 bestellt und ein elektronisches System zur anonymen Kommunikation mit Whistleblower*innen eingerichtet werden.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 240 • ein Transparenzgesetz, das es den Bürger*innen ermöglicht, sich kostenfrei über Verwaltungshandeln zu informieren und die Veröffentlichung von Verwaltungsinformationen im Internet vorsieht,
- den öffentlichen Zugang zu Daten, die mit öffentlichen Mitteln generiert wurden,
- 245 • ein Gesetz zum Schutz von Whistleblower*innen, die erhebliche Fehlentwicklungen offenbaren.

Die Zukunft der Verwaltung ist digital

250 Warum muss man für so viele Verwaltungswege eigentlich immer noch zu einer Behörde und dort erst einmal eine Wartenummer ziehen, um dann Berge von Papier auszufüllen? Weil wir in Sachsen leider immer noch bei der Digitalisierung der Verwaltung hinterherhinken. Wenn endlich die Kommunikation mit Behörden einfach

255 online möglich ist, hilft das, die Verwaltung zu modernisieren und Bürokratie abzubauen.

E-Government und der digitale Zugang zur Verwaltung ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als eine Selbstverständlichkeit. Egal ob Staatskanzlei, Sachsenforst oder
260 Stadtverwaltung: Es bedarf einheitlicher Standards und Formate, damit die Bürger*innen schnell und problemlos an Formulare kommen und ihre Behördenkommunikation online abwickeln können. Wir fordern deshalb, dass das Sächsische E-Government-Gesetz verpflichtend für alle staatlichen Behörden wird.

265 Der Freistaat Sachsen muss hierbei die kommunale Ebene bei der Umstellung hin zu einem vollumfänglichen E-Government sowohl finanziell als auch mit Know-How unterstützen. Um einen Zugang für alle zu gewährleisten, müssen alle Dokumente, wie Formulare, Vorlagen oder Anträge auch weiterhin analog zugänglich sein.

270 Alle in der Verwaltung verwendete Software soll durch **Open-Source-Software** ersetzt werden. Das spart langfristig Steuergelder, da die Verwaltung so von kostspieligen Lizenzen und Kooperationszwängen befreit wird, erhöht die IT-Sicherheit und beendet die Abhängigkeit von einzelnen Herstellern.

275 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- die Anwendung des Sächsischen E-Government-Gesetzes auf alle Behörden,
- die Möglichkeit, zwischen einem analogen und einem digitalen Zugang zu Verwaltungsdokumenten zu wählen,
- die Verwendung von Open-Source-Software in den Behörden.

280

Für starke und transparent arbeitende Parlamente

285 Starke und selbstbewusste Parlamente sind das Herzstück unserer Demokratie. Damit sie so auftreten und Probleme lösen können, dürfen sie weder gefühlt noch tatsächlich ein verlängerter Arm von Regierung oder Verwaltung sein. Deshalb wollen wir die Rechte des Landtags stärken.

290

Für die Stärkung des Landtags und der Kommunalparlamente

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen setzen sich für ein
295 **Parlamentsinformationsgesetz** ein, in dem klar geregelt ist, dass der Landtag frühzeitig über Vorhaben der Staatsregierung, wie Verordnungen, Verwaltungsabkommen und Staatsverträge zu informieren ist. Auf diesem Wege soll auch das Agieren der Staatsregierung auf europäischer Ebene besser zu kontrollieren sein.

300 Neben dem Plenum des Sächsischen Landtags sind die Ausschüsse die zentralen Orte parlamentarischer Arbeit. Anders als die Plenarsitzungen sind die Ausschusssitzungen des Sächsischen Landtags aber bisher nicht öffentlich. Um die Transparenz der parlamentarischen Arbeit zu erhöhen, setzen wir uns dafür ein, dass **Ausschüsse**, außer in begründeten Ausnahmefällen, öffentlich tagen.

305

Der Sächsische Landtag kann seinen vielfältigen Aufgaben und insbesondere seine Verantwortung, die Regierung gut zu kontrollieren, nur wahrnehmen, wenn er dazu personell in der Lage ist. Deshalb setzen wir uns für die Beibehaltung der jetzigen Größe des Parlaments ein. Allerdings wollen wir GRÜNE ein **modernes Wahlrecht** durchsetzen, das verhindert, dass der Landtag durch Überhang- und Ausgleichsmandate seine verfassungsmäßige Regelgröße von 120 Abgeordneten überschreitet. Die Vergabe der Landtagssitze nach der Wahl soll nach einem Modell berechnet werden, welches das Ergebnis nicht zugunsten der größeren Parteien verzerrt. Zudem wollen wir das Parteienprivileg bei den Landtagswahlen aufbrechen. Auch Wähler*innenvereinigungen sollen zu Landtagswahlen antreten können, wenn sie die notwendige Zahl an Unterstützungsunterschriften vorweisen können.

Die **kommunalen Parlamente** bilden die Basis der repräsentativen Demokratie. Gerade weil die Kommunalpolitik in den letzten Jahren deutlich komplexer geworden ist, wollen wir ihre Stellung stärken. Dazu gehört für uns die Möglichkeit, bereits ab fünf Prozent der Mitglieder des Gemeinderates oder des Kreistages eine Fraktion mit angemessener Personal- und Sachausstattung bilden zu können, um effektive Arbeit zu ermöglichen. Ebenso wollen wir die Macht der Bürgermeister*innen beschränken, indem wir die Amtszeit an die der Räte anpassen und zudem ermöglichen, dass den Vorsitz des Rates auch ein Rat führen kann und nicht die Bürgermeister*in selbst.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- ein Parlamentsinformationsgesetz, das die frühzeitige Kontrolle der Regierung durch den Landtag verbessert,
- die Öffentlichkeit der Ausschusssitzungen im Landtag,
- ein modernes Wahlrecht, das Überhangmandate vermeidet und Wähler*innenvereinigungen ermöglicht, zur Landtagswahl anzutreten,
- die Möglichkeit der Fraktionsbildung mit angemessener Ausstattung in Kreis- und Gemeinderäten, wenn eine Liste 5 Prozent der Wähler*innen repräsentiert,
- die Stärkung der Kommunalparlamente gegenüber den Bürgermeister*innen.

Zahlen sind Macht – mehr Transparenz im sächsischen Haushalt

Das Haushaltsrecht ist das Königsrecht des Parlaments. Doch selbst vielen Abgeordneten fällt, es schwer die Fallstricke des Haushaltes mit mehreren tausend Seiten zu verstehen – wie sollen das dann erst die Bürger*innen können, deren Steuergeld mit dem Haushalt verwaltet wird? Wir meinen, dass es mehr Transparenz im Landeshaushalt geben muss.

Der Freistaat betätigt sich umfassend wirtschaftlich durch Beteiligungen an Unternehmen. Das birgt Risiken, wie zuletzt die Zuschüsse an die Staatliche Porzellan Manufaktur Meissen gezeigt haben. Zudem ist ein Großteil der Schulden des Freistaates in diese Beteiligungen ausgelagert und damit verschleiert. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern deshalb die turnusmäßige Behandlung der **Beteiligungsberichte** des Freistaates im Landtag. Darüber hinaus müssen die jeweiligen Geschäftsmodelle der einzelnen Unternehmungen einer kritischen Prüfung unterzogen werden. Wir wollen zudem durchsetzen, dass der Freistaat seine Beteiligungen vorbildlich führt. In einem „Public-Corporate-Governance-Kodex“ sollten Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung festgelegt werden. Die ist

bereits im Bund und in anderen Bundesländern bewährtes Steuerungs- und Kontrollinstrument für staatliche Beteiligungen.

360 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern eine bessere Transparenz des Haushalts durch die Bereitstellung des Haushaltes in einer grafisch-interaktiven Übersicht, in Anlehnung an die Transparenz des Bundeshaushaltes. Die Kosten für eine grafisch-interaktive Aufarbeitung und Präsentation der Haushaltspläne sind überschaubar. Der Mehrwert eines transparenten Haushaltes für Bürger*innen wäre ungleich größer, da diese nachvollziehen können, was mit ihrem Geld wirklich passiert.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- die turnusmäßige Behandlung der Beteiligungsberichte des Freistaates im Landtag,
- verbindliche Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung für den Freistaat,
- mehr Haushaltstransparenz.

375

Für einen fairen kommunalen Finanzausgleich

Der kommunale Finanzausgleich stellt über seine Mittelverteilung eine entscheidende Finanzierungsquelle für die sächsischen Kommunen dar. Die aktuelle Regelung verschiebt jedoch die Entscheidung über den Finanzbedarf einer Kommune hin zur Staatsregierung und damit weg von den regionalen, gewählten Volksvertreter*innen vor Ort. Die Verteilung der finanziellen Mittel erfolgt überwiegend nach Einwohner*innenzahlen. Dabei sind Einwohner*innen einer größeren Stadt finanziell mehr wert als Einwohner*innen einer Landgemeinde. Diese Art der Mittelzuweisung ist nicht mehr zeitgemäß.

Wir stehen dafür, dass endlich ein Diskurs über die notwendige Modernisierung mit dem Ziel beginnt, die Selbstverwaltungshoheit und finanzielle Eigenverantwortung der sächsischen Kommunen zu erhöhen und den Übergang hin zu einem **bedarfsorientierten Finanzausgleich** zu schaffen. Als erste Schritte fordern wir einen Nebenansatz zum Ausgleich der sozialen und demografischen Disparitäten sowie einen **ökologischen Lastenausgleich** in das bestehende System zu integrieren. Der Naturschutz und damit die nicht oder nur eingeschränkte wirtschaftliche Nutzung von bestehenden Ökosystemen muss als erhöhter finanzieller Bedarf der Kommunen erkannt und anerkannt werden und darf nicht indirekt bestraft werden.

Wir fordern, dass parallel zu diesen notwendigen Schritten im aktuellen System, die Debatte darüber begonnen wird, wie die große Herausforderung einer grundlegenden Reform des kommunalen Finanzausgleichs gemeistert werden kann. Dabei muss es möglich gemacht werden, dass die Kommunen ihre Bedarfsforderungen einbringen können und diese objektiv geprüft werden. Ziel ist eine gemeinsame Reform hin zu einem transparenten und flexibleren bedarfsorientierten Ausgleichssystem.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- den Einstieg in eine große Reform hin zu einem bedarfsorientierten kommunalen Finanzausgleich,

- die Integration eines Nebenansatzes zum Ausgleich der sozialen und demografischen Disparitäten sowie einen ökologischen Lastenausgleich in das bestehende System.

410

Sicherheit im Dienste der Freiheit – unsere Bürger*innenrechte

415 Die Menschen sollen sich frei entfalten können und ohne Angst vor Überwachung und vor Kriminalität leben können. Freiheit ist eine entscheidende Voraussetzung dafür, dass die Menschen sicher leben können – denn wer Angst um seine Freiheit haben muss, kann sich nie sicher fühlen. Die Leitlinie GRÜNER Innenpolitik ist, dass Sicherheit in erster Linie die Freiheit der Menschen ermöglichen und sie nicht einschränken soll. Deshalb stehen wir für einen Rechtsstaat, der unsere Grundrechte schützt, statt sie immer weiter auszuhöhlen.

420

Massenhafte Videoüberwachung im öffentlichen Raum oder einen umfassenden Zugriff auf unsere Daten im Netz lehnen wir ab. Statt derart plumper Symbolpolitik, setzen wir auf mehr Prävention, Hilfe und Aufklärung, um Konflikte nachhaltig zu lösen. Auch die zunehmende Privatisierung der Sicherheit, durch private Unternehmen und Tendenzen hin zu einer Militarisierung der Polizei, sehen wir kritisch. Wir setzen uns stattdessen für einen effektiven Schutz durch eine bürger*innennahe Polizei ein, die schnell zur Stelle ist, wenn sie gebraucht wird.

425

430

Noch nie war die Wahrscheinlichkeit, Opfer einer Straftat zu werden, so gering wie heute. Und dennoch werden die aktuellen Debatten über Kriminalität und die Verschärfung der Sicherheitsgesetzgebung vor allem von einer gefühlten Unsicherheit dominiert. Wir wissen um diese Zunahme eines Unsicherheitsgefühls in der Gesellschaft. Wir lehnen es jedoch ab, hieraus die falschen Schlüsse zu ziehen. Ressentiments gegenüber Minderheiten, eine zunehmende Law-and-Order-Rhetorik und eine Vermischung von Sicherheits- und Ausländer*innenpolitik stellen keine verantwortungsvolle Sicherheitspolitik dar, sondern spalten unsere Gesellschaft weiter.

435

440

Freistaat statt Schnüffelstaat

Datenschutz ist manchmal mühsam, aber essenziell in unserer digitalisierten Gesellschaft. Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als Bürger*innenrechtspartei eine Herzensangelegenheit. Es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, dass Behörden dieses Grundrecht schützen. Dies ist allerdings in Sachsen viel zu häufig nicht der Fall. Obwohl die Datenschutzgrundverordnung seit Mai 2018 generell Verbesserungen zum Schutz der personenbezogenen Daten gebracht hat, ist Sachsen mit dem neuen Polizeigesetz auf dem besten Weg in Richtung eines Überwachungsstaats.

445

450

Mit der Ausweitung der Videoüberwachung, der Möglichkeit der Gesichtserkennung per intelligenten Kamerasystemen und immer mehr Datenverarbeitungsbefugnissen wird auch eine massive Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten einhergehen. Schon jetzt speichert die Polizei viel zu viele Daten über die Bürger*innen. Allein über 9 Millionen Datensätze zu Personen sind bei der sächsischen Polizei im Integrierten Vorgangsbearbeitungssystem (IVO) gespeichert – 1,3 Millionen mehr als noch im Jahr 2012. Dazu kommt eine stetig wachsende Zahl

455

460 von sogenannten Personengebundenen Hinweisen, mit denen die Polizei Menschen
beispielsweise als „gewaltbereit“ oder „potenziell ansteckend“ klassifiziert – Betroffene
wissen davon häufig nichts und wundern sich höchstens, warum die Polizei sich bei
einer Kontrolle aus ihrer Sicht unangemessen verhält. In diesen und anderen
Datenbanken der Polizei und des Verfassungsschutzes werden Daten teilweise zehn
465 Jahre und länger gespeichert. Die Kriterien für die Speicherung sind vollkommen
intransparent. Deshalb wollen wir zukünftig die Sicherheitsbehörden dazu verpflichten,
die betroffenen Personen regelmäßig und von sich aus über die gespeicherten Daten
zu **informieren**. Ebenso soll eine unabhängige Taskforce die Speicherungen auf ihre
Rechtmäßigkeit überprüfen.

470 Sachsen soll statt zu einem Schnüffelstaat zum Vorbildland in Sachen Datenschutz
werden. Dazu muss auch der **Datenschutz** im privaten Bereich deutlich gestärkt
werden. Der Skandal um die Nutzung von Facebook-Daten im US-
Präsidentenwahlkampf hat einmal mehr gezeigt, welchen hohen Wert Daten für
Unternehmen haben und wie leicht es ist, mit ihrer Verarbeitung Menschen zu
475 beeinflussen. Deshalb fordern wir eine weitere personelle und strukturelle Stärkung
des Sächsischen Datenschutzbeauftragten, damit dieser wirksam die Einhaltung des
Datenschutzes überprüfen und durchsetzen kann.

Wir wollen die Öffentlichkeit für alle Aspekte des Datenschutzes besser sensibilisieren.
480 Deshalb werden wir uns für die Gründung eines unabhängigen Instituts für
Datenschutz und Informationssicherheit einsetzen. Dieses Institut soll die Bevölkerung
über neuste Entwicklungen im Bereich des Datenschutzes informieren und zudem
regelmäßig auf bekannt gewordene IT-Sicherheitslücken hinweisen und sich um deren
Schließung bemühen.

485 Aufgabe des Staates ist es auch, unsere Daten vor dem Zugriff Unbefugter und
sensible Strukturen vor Angriffen zu schützen. Deshalb wollen wir GRÜNE die **IT-
Sicherheit** in Sachsen deutlich vorantreiben. Wir wollen dazu das IT-
Sicherheitsmanagement des Freistaates Sachsen personell und technisch weiter
490 ausbauen, aber auch seine Aufgaben auf den Schutz der IT-Netze der Kommunen
ausweiten. Gerade bei Unternehmen, die im Rahmen der öffentlichen
Daseinsvorsorge aktiv sind, muss deutlich mehr für die IT-Sicherheit getan werden.
Dazu wollen wir die entsprechende Technik stärker fördern und bei Bedarf strengere
Vorschriften erlassen.

495 Es ist die Aufgabe des Staates, Sicherheitslücken in der IT zu schließen. Deshalb
lehnen wir polizeirechtliche Befugnisse wie die Quellen-
Telekommunikationsüberwachung und die Online-Durchsuchung nicht nur als tiefen
Eingriff in unsere Privatsphäre, sondern auch aus Gründen der IT-Sicherheit ab. Um
500 den dafür notwendigen Trojaner beispielsweise auf einem Handy zu installieren, muss
der Staat jene Sicherheitslücken nutzen, die auch von Kriminellen für Angriffe benötigt
werden und die man eigentlich schnellstmöglich schließen sollte.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 505
- das Recht der Bürger*innen, über die Daten, die die Polizei von ihnen speichert,
informiert zu werden,
 - die Stärkung des Sächsischen Datenschutzbeauftragten,

- die Gründung eines unabhängigen Instituts für Datenschutz und Informationssicherheit,
- den Ausbau des IT-Sicherheitsmanagements des Freistaates Sachsen,
- den Schutz der Privatsphäre vor staatlicher Überwachung durch Trojaner.

515 **Stark ist der Staat, der die Grundrechte schützt**

Die sächsischen Sicherheitsbehörden haben in den letzten Jahren vielfach bewiesen, dass sie bereits bestehende Überwachungsbefugnisse mitunter vollkommen unverhältnismäßig gegen die Menschen im Freistaat einsetzen. Zuletzt hat dies der regelrechte Überwachungsexzess gegen die Fans der BSG Chemie Leipzig gezeigt, bei welchem hunderte Telefone ohne verwertbares Ergebnis abgehört wurden. Wir GRÜNE stehen für einen **Paradigmenwechsel in der Sicherheitsgesetzgebung**. Neue Eingriffsbefugnisse müssen für eine effektive Polizeiarbeit im Einzelnen auch tatsächlich nachweisbar erforderlich sein und dürfen nicht übermäßig in die Grundrechte der Bürger*innen eingreifen. Wir GRÜNE wollen eine umfassende Evaluation der Sicherheitsgesetzgebung in Sachsen durchsetzen – mit dem Ziel all jene Befugnisse zu streichen, die entweder nicht gebraucht werden oder einen zu tiefen Eingriff in die Bürger*innenrechte darstellen. Gesetze, die die Eingriffsbefugnisse für die Sicherheitsbehörden regeln, dürfen künftig maximal fünf Jahre gelten. Somit müssten schwere Eingriffe in die Grundrechte vom Gesetzgeber stets bewusst neu beschlossen anstatt immer nur ausgeweitet zu werden.

Polizeiliches Handeln muss stets und ohne Ausnahme auf einer klaren gesetzlichen Grundlage erfolgen. Wachsweiße Gefahrenbegriffe und die Einführung immer neuer unscharfer Rechtsbegriffe in den Sicherheitsgesetzen lehnen wir ab. Auch die Verlagerungen von polizeilichen Befugnissen auf Landesebene weit in das Vorfeld tatsächlicher Gefahren kann keine GRÜNE Zustimmung finden. Die Einführung einer präventiven Telekommunikationsüberwachung, mit der Begründung der Terrorabwehr ist ebenso wenig notwendig und angemessen, wie das Instrument der elektronischen Fußfessel. Die bereits umfassend verschärften Regelungen in der Strafprozessordnung zum Zweck der Terrorabwehr sind hier mehr als ausreichend. Für eine effektive Terrorabwehr braucht es in erster Linie eine gut ausgebildete Polizei, die gute Ermittlungsarbeit macht.

Um Kriminalität gar nicht erst aufkommen zu lassen, wollen wir die Präventionsarbeit ausbauen. Wir wollen die Arbeit der **Kriminalpräventiven Räte** stärken, damit vor Ort frühzeitig in Bezug auf Kriminalitätsentwicklungen gegengesteuert werden kann. Zur Vermeidung von Eskalationssituationen in Stadien, setzen wir uns für eine Stärkung der Fanprojekte ein – Stadionverbote gegen Fußballfans können nur eine ultima ratio darstellen. Einer Radikalisierung wollen wir vor allem mit Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit in öffentlichen Einrichtungen begegnen und Deradikalisierungsprogramme besser ausstatten.

Wir GRÜNE sehen den zunehmenden Trend zur Aufrüstung und Militarisierung der Polizei und der Ordnungsbehörden mit großer Sorge. Gepanzerte Fahrzeuge mit Maschinengewehren und Handgranaten sind keine adäquate Mittel für die Polizeiarbeit. Der Einsatz der Bundeswehr im Innern ist für uns indiskutabel.

560 Wir stehen für einen öffentlichen Raum, in dem sich alle Menschen frei und ohne Angst vor Repressalien bewegen können. Sogenannte „gefährliche Orte“, an denen alle Menschen ohne Anlass kontrolliert werden dürfen, entsprechen nicht diesem Verständnis – die Möglichkeit zur verdachtsunabhängigen Durchsuchung von Personen wollen wir deshalb abschaffen.

565 Videoüberwachung im öffentlichen Raum führt lediglich zu Verdrängung von Kriminalität. Sie ist deshalb für die Prävention ungeeignet und kann lediglich bei der Strafverfolgung zur Aufklärung beitragen. Deshalb stellen wir GRÜNE uns weiter gegen die flächendeckende Ausweitung der Videoüberwachung. Auch den Einsatz sogenannter „Bodycams“ sehen wir in der geplanten Form kritisch, da er keinen
570 Mehrwert für die Grundrechtssicherung bietet.

Auch Alkoholverbotzonen bekämpfen lediglich Symptome und verhindern keine Straftaten. Wir wehren uns dagegen, dass durch Kontrollbereiche und Verbotzonen immer mehr staatlich gelenkt werden soll, wer sich wann im öffentlichen Raum aufhält
575 – der öffentliche Raum ist für alle da.

Die **Versammlungsfreiheit** ist eines der bedeutendsten Grundrechte. Wir wollen sie als Ausdruck der bürgerlichen Selbstermächtigung stärken und dem Freistaat ein neues liberales und modernes Versammlungsgesetz geben. Dabei wollen wir die
580 Verbotsmöglichkeiten beschränken, friedliche Blockaden von Versammlungen zur Ordnungswidrigkeit herabstufen und die Behörden zur stärkeren Kooperation verpflichten. Sondereinsatzkommandos haben bei Versammlungslagen aus unserer Sicht nichts zu suchen.

585 Das Gewaltmonopol des Staates ist ein entscheidender Pfeiler des Rechtsstaates. Waffen in Privatbesitz stellen eine Bedrohung und kein Mehr an Sicherheit dar. Wer Waffen besitzt, muss regelmäßig staatlich kontrolliert werden. Um dies zu gewährleisten, fordern wir eine bessere personelle Ausstattung der Waffenbehörden. Waffen gehören nicht in die Hand von Gewalttäter*innen oder Verfassungsfeinden. Wir
590 setzen uns daher für einen konsequenten Entzug der waffenrechtlicher Genehmigungen, die sich im Besitz von Nazis, Reichsbürgern und anderen Verfassungsfeind*innen befinden, ein.

595 Der Verfassungsschutz schützt die Verfassung nicht. Um unsere Demokratie zu stärken, ist der sächsische Verfassungsschutz nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems. Er ist überdimensioniert und arbeitet ineffektiv. Seinen Einschätzungen liegt die längst überholte Extremismus-Theorie zugrunde und zumeist sind sie falsch. Und schlussendlich ist Sachsens Verfassungsschutz vor allem eins: stets überrascht, wenn was passiert. Seit seinem Versagen im Zusammenhang mit der NSU-Mordserie ist klar,
600 dass diese Behörde nicht reformierbar ist, die letzten Jahre haben dies bestätigt. Wir fordern daher die komplette **Auflösung des Landesamts für Verfassungsschutz** und die Gründung einer neuen Behörde zur Terrorabwehr mit weitaus weniger Personal und klar begrenzten und umfassend kontrollierten Befugnissen. In der dafür zuständigen Parlamentarischen Kontrollkommission müssen künftig alle Fraktionen
605 vertreten sein. Zudem soll ein*e Beauftragte*r des Landtags ernannt werden, die*der das laufende Geschäft dieser Behörde kontrolliert.

Zusätzlich zu dieser Behörde, wollen wir GRÜNE eine Forschungsstelle für Demokratie einrichten, die eine wissenschaftlich fundierte Auseinandersetzung mit

610 antidemokratischen und menschenfeindlichen Tendenzen in Sachsen ermöglichen soll und die Öffentlichkeit über aktuelle Entwicklungen informiert.

Der Einsatz von V-Leuten, also Szeneangehörigen, die durch den Verfassungsschutz angezapft wurden, hat sich in der Vergangenheit nicht bewährt. Vielmehr hat er die
615 rechtsextreme Szene erst stark gemacht. Wir fordern daher die Abschaffung des Einsatzes von V-Leuten.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 620 • ein Verfallsdatum für Gesetze, die die Eingriffsbefugnisse der Sicherheitsbehörden regeln,
- die Stärkung Kriminalpräventiver Räte und von Fußballfanprojekten,
- die Eindämmung von Überwachungsmaßnahmen,
- ein freiheitliches Versammlungsrecht,
- 625 • die Entwaffnung von Nazis und Reichsbürgern,
- die Auflösung des derzeitigen sächsischen Verfassungsschutzes und die Neugründung einer gut kontrollierten Terrorabwehrbehörde,
- ein Zentrum für Demokratieforschung,
- die Beendigung von V-Leute-Einsätzen.

630

Für eine bürger*innennahe und gut ausgebildete Polizei

Viele Polizist*innen machen jeden Tag einen guten Job – viele, aber eben nicht alle.
635 Die Vorfälle in Heidenau und Clausnitz, die Ausschreitungen von Rechtsextremen in Chemnitz und die Kontakte einzelner Polizist*innen zur Terrorgruppe Freital haben viele Menschen zweifeln lassen, ob die Polizei jederzeit in der Lage ist, gegen die Feinde unserer Demokratie vorzugehen. Ein wirkmächtiger Rechtsstaat lebt davon, dass sich seine Bediensteten tagtäglich für Freiheit, Demokratie und Menschlichkeit
640 einsetzen. Um das Vertrauen aller in die Polizei zu stärken, wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sie transparenter und bürger*innennäher auftreten lassen und zudem besser ausbilden.

Eine gute Polizei braucht eine exzellente Ausbildung. Wer in unsere Grundrechte
645 eingreifen und das staatliche Gewaltmonopol durchsetzen darf, muss bestmöglich geschult sein. Statt Polizist*innen an einer eigenen Polizeihochschule abzuschotten und dadurch den Korpsgeist zu fördern, wollen wir GRÜNE die **Ausbildung öffnen**. Junge Polizist*innen sollen zukünftig gemeinsam mit anderen zukünftigen Staatsbediensteten an der Verwaltungsfachhochschule lernen. Die **Grund- und**
650 **Menschenrechtsausbildung** angehender Polizeibediensteter muss viel intensiver werden. Deshalb wollen wir die Polizeirechtsausbildung für die Polizeikommissaranwärter*innen nach dem Vorbild Berlins durch Jurist*innen an den Universitäten vornehmen lassen. Eine weitere Verkürzung der Studienausbildung lehnen wir strikt ab. Das Fach „Demokratische Bildung“ wollen wir in der
655 Polizeiausbildung insgesamt stärken, um antidemokratischen Tendenzen in der Polizei von Anfang an entgegenzuwirken. Interkulturelle Kompetenz und Geschlechtersensibilität müssen in regelmäßigen verpflichtenden Weiterbildungen eine zentrale Rolle spielen und zur Voraussetzung für Beförderungen werden.

- 660 Motivierte Mitarbeiter*innen sind eine entscheidende Säule guter Polizeiarbeit. Deshalb braucht es mehr Wertschätzung für die Polizist*innen. Im Polizeidienst müssen bessere Karrieremöglichkeiten eröffnet werden. Wir setzen uns zudem für eine Bezahlung nach Dienstposten ein, damit Polizist*innen auch für die Arbeit bezahlt werden, die sie leisten, statt permanent die Spargbüchse des Finanzministeriums zu
- 665 sein. Wir wollen mehr engagierte Frauen in der Polizeiführung sehen und durch gezielte **Frauenförderung** intransparente Männerbünde auch in der Polizei aufbrechen. Dazu setzen wir uns auch für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf bereits während der Ausbildung und auch im Berufsleben ein.
- 670 Unsere Polizei muss internationaler werden. Dazu wollen wir verstärkt Menschen mit Migrationshintergrund für die Ausbildung gewinnen. Den regelmäßigen Austausch und die Zusammenarbeit mit Polizeien anderer Bundesländer und unserer Nachbarländer Polen und der Tschechischen Republik wollen wir ausbauen.
- 675 Auch wenn wir GRÜNE die Qualität der Polizei in den nächsten Jahren in den Vordergrund stellen wollen, braucht es weiterhin große Anstrengungen, um ausreichend Polizei auf die Straße und vor Ort zu bekommen. Vor allem bei der Polizei wurde in den letzten Jahren an allen Ecken und Enden Personal eingespart.
- 680 Eine gute Personaldecke bei der Polizei erreicht man nicht mit einer Schnellausbildung von Wachpolizist*innen in nur drei Monaten, die wir GRÜNE aufgrund der unzureichenden Ausbildung als Sicherheitsrisiko für den Rechtsstaat ablehnen. Vielmehr braucht es endlich ein durchdachtes Personalkonzept, das dauerhaft dazu führt, dass wir wieder mehr Polizist*innen im Freistaat haben und damit auch
- 685 angemessen auf schwierige Einsatzlagen reagieren können. Wir GRÜNE stehen dabei vor allem dafür, dass die Polizei vor Ort präsent und ansprechbar ist. Deshalb wollen wir wieder **mehr Polizeireviere** in der Fläche eröffnen und setzen wir uns für mehr Bürger*innenpolizist*innen ein – unser Ziel ist es, in jeder Stadt mit über 10.000 Einwohner*innen einen rund um die Uhr besetzten Polizeistandort zu haben.
- 690 Oberste Priorität in der Polizeiarbeit muss Transparenz sein. Wir werden auch in Sachsen endlich eine **Kennzeichnungspflicht** für Polizist*innen im Einsatz einführen. Um den Sorgen einiger Polizist*innen hinsichtlich einer Kennzeichnung zu begegnen, sollen die Beamt*innen selbst entscheiden dürfen, ob sie ihren Namen oder eine
- 695 Nummer tragen wollen. Wir wollen auch die Dokumentation polizeilichen Handelns verbessern. Bereits jetzt hat jede*r Bürger*in die Möglichkeit sich polizeiliche Maßnahmen schriftlich bestätigen zu lassen. Um mehr Transparenz zu schaffen, soll künftig bei jeder polizeilichen Maßnahme eine Quittung darüber für die Betroffenen ausgestellt werden.
- 700 Gerade bei angespanntem Demonstrationsgeschehen kommt es immer wieder zu unverhältnismäßigen Eingriffen durch Polizist*innen. Dem wollen wir nicht nur mit besserer Kontrolle, sondern auch mit mehr Prävention begegnen. Wir wollen regelmäßige verpflichtende Konflikt- und Antiaggressionstrainings für die Beamt*innen
- 705 etablieren. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass für eine Einsatznachbereitung mit psychologischer Begleitung mehr Zeit eingeräumt wird, um gemachte Fehler gut aufzuarbeiten.
- 710 Eine bessere Fehlerkultur in der Polizei wollen wir auch durch eine unabhängige, beim Landtag angesiedelte **Beschwerdestelle** erreichen. Diese darf kein zahnloser Tiger

wie die aktuelle Beschwerdestruktur beim Innenministerium sein, sondern muss mit ausreichenden Ermittlungskompetenzen ausgestattet sein, um Fehlverhalten nachzugehen und Ansprechpartnerin, sowohl für die Bürger*innen, als auch für die Polizeibediensteten zu sein.

715

Wer GRÜN wählt, stimmt für

720

- Grund- und Polizeirechtsausbildung durch Jurist*innen der Universitäten für junge Polizeikommissaranwärter*innen,
- eine Polizist*innenausbildung, die demokratische Bildung, interkulturelle Kompetenz und Geschlechtersensibilität vermittelt,
- mehr Bürger*innenpolizist*innen und mehr Polizeireviere in der Fläche,
- eine Kennzeichnungspflicht für Polizist*innen,
- eine unabhängige Beschwerdestelle, die für die Polizei zuständig ist.

725

Klare Kante gegen Rechtsextremismus

730

Rechtsextremismus ist ein existenzielles Problem im Freistaat, er gefährdet Menschen und unser gesellschaftliches Zusammenleben. Viel zu lange wurde der Radikalisierung in unserem Bundesland zugesehen, zu wenig gegen rechtsextreme Gruppierungen vorgegangen und die Zivilgesellschaft gegängelt statt unterstützt.

735

Wir GRÜNE wollen diejenigen unterstützen, die sich Neonazis und anderen Rechtsextremen entgegenstellen – mit einer konsequenten Haltung für Menschlichkeit und gegen die Feinde der Freiheit. Wir wollen die **Demokratieförderung** in Sachsen weiter stärken und die Zivilgesellschaft stärker unterstützen. Misstrauen in jene, die sich jeden Tag für ein demokratischeres Sachsen einsetzen, wird es mit uns nicht geben, weder in Form einer Extremismusklausel, noch durch eine Überprüfung von Demokratieprojekten durch den Verfassungsschutz.

740

745

Mit uns gibt es keine Bagatellisierung eines der schwerwiegendsten Probleme in Sachsen geben. Wir wollen nicht nur, dass die Behörden konsequent gegen rechtsextreme Straftaten und Strukturen vorgehen, sondern dass diese auch transparenter mit ihren Erkenntnissen umgehen. Die rechte Szene verfügt über eine große Zahl von Treffobjekten. Weder der Verfassungsschutz noch die Polizei informieren und sensibilisieren hier die Akteure vor Ort. Das wollen wir ändern, denn es ist die Aufgabe der Sicherheitsbehörden über rechtsextreme Strukturen aufzuklären, statt sie zu verheimlichen.

750

Wer GRÜN wählt, stimmt für

755

- bessere Förderung von zivilgesellschaftlichen Initiativen gegen Rechtsextremismus,
- den dauerhaften Verzicht auf die „Extremismusklausel“ für Demokratieprojekte,
- öffentliche Aufklärung über Aktivitäten der rechten Szene durch die Sicherheitsbehörden.

760

Eine leistungsfähige Justiz für einen funktionierenden Rechtsstaat

765 Ein funktionierender Rechtsstaat braucht eine funktionierende Justiz. Der jahrelange auf Personalabbau gerichtete Kurs der Staatsregierung hat vor den Gerichten und Gefängnissen keinen Halt gemacht. Lange Verfahrensdauern, die Überlastung von Gerichten und Staatsanwaltschaften, die mitunter dazu führen, dass wichtige Strafverfahren gegen die rechte Szene nicht geführt werden konnten, und auch das Erreichen der Überlastungsgrenze für den Justizvollzug sind die Folge.

770 Wir GRÜNE wollen die Leistungsfähigkeit von Justiz und Justizvollzug durch eine angemessene personelle und materielle Ausstattung der Gerichte, Staatsanwaltschaften und Justizvollzugsanstalten wieder stärken. Der Überalterung der Justiz und den daraus folgenden massiven Altersabgängen muss durch ein durchdachtes **Personalkonzept** begegnet werden – wir müssen jetzt das benötigte Personal einstellen.

775 Wir wollen die Justiz als dritte Gewalt unabhängiger vom Justizministerium machen und für mehr Transparenz sorgen. Um dies zu erreichen, wollen wir die Auswahl und Beförderung von Richter*innen einem **Richter*innen-Wahlausschuss** übertragen und das Einzelfallweisungsrecht der*des Justizminister*in gegenüber der Staatsanwaltschaft abschaffen.

785 In Justiz und Justizvollzug wollen wir Aus- und Fortbildungen über Radikalisierungstendenzen, Rassismus und Geschlechtersensibilität verbindlich vorsehen. Wir wollen den Einsatz spezialisierter Staatsanwält*innen für alle Opfer von geschlechtsbezogener Gewalt, insbesondere Stalking, Opfer homophober Gewalt, Menschenhandel und Zwangsprostitution.

790 Der Justizvollzug ist für uns ein wichtiges Thema, nicht nur, weil sich an der Frage, wie der Rechtsstaat mit denjenigen umgeht, denen er die Freiheit nimmt, zeigt, ob er seinen eigenen Ansprüchen gerecht wird, sondern weil die Resozialisierung von inhaftierten Menschen ein wichtiges Element gesellschaftlicher Prävention ist. Wir GRÜNE stehen für eine bessere personelle und materielle **Ausstattung der Justizvollzugsanstalten**. Wir setzen uns sowohl für den personellen Ausbau der psycho-sozialen Dienste und spezifischer therapeutischer Angebote, etwa der Suchttherapie, als auch des Allgemeinen Vollzugsdienstes ein.

800 Doch es reicht nicht aus, nur die Zahl der Bediensteten im Justizvollzug zu erhöhen. Gleichzeitig muss auch die Zahl der Inhaftierten gesenkt werden. Dazu setzen wir uns auf Bundesebene für die Abschaffung der Ersatzfreiheitsstrafe ein – wer eine Geldstrafe nicht zahlen kann, gehört nicht ins Gefängnis. Zudem wollen wir Cannabis legalisieren und Schwarzfahren zur Ordnungswidrigkeit herabstufen. Dies ist aus unserer Sicht nicht nur gesellschaftlich geboten, sondern würde auch die Justiz und die Justizvollzugsanstalten entlasten. Auf Landesebene fordern wir bis dahin die Einführung von Maßnahmen, die die Anordnung von Ersatzfreiheitsstrafe in Sachsen erheblich reduziert. Gleichzeitig werden wir die sozialarbeiterischen Maßnahmen für Gefangene mit kurzen Freiheitsstrafen verstärken, um den schädlichen Einwirkungen insbesondere kurzer Haftstrafen begegnen zu können. Wir wollen daneben **alternative Wiedergutmachungsverfahren** etablieren und dazu insbesondere freie Träger deutlich stärken und finanziell fördern. Die Unterbringung im offenen Vollzug soll bei Erstinhaftierten zur gesetzlichen Regel und bei Freiheitsstrafen unter einem Jahr gesetzlich vorgeschrieben sein.

815 Seit 2015 ist der Anteil ausländischer Inhaftierter gestiegen. Sprachbarrieren und
andere kulturelle Realitäten, die im Gefängnis auf engstem Raum aufeinander treffen,
stellen Bedienstete und Gefangene gleichermaßen vor Herausforderungen. In der
Aus- und Weiterbildung von Mitarbeiter*innen der Justizvollzugsanstalten muss
interkulturelle Kompetenz eine größere Rolle spielen und verbindlich in
Ausbildungsinhalten verankert werden. Wir wollen die Angebote für den Spracherwerb
sowie schulische oder berufliche Qualifizierungsmaßnahmen für ausländische
820 Gefangene ausweiten, um deren Resozialisierung und Integration zu verbessern.
Radikalisierung findet nicht selten im Gefängnis statt. Um dem begegnen zu können,
wollen wir das landesweite **Präventions- und Deradikalisierungsangebot** in den
Bereichen Rechtsextremismus und Islamismus weiterentwickeln.

825 Damit der Übergang in ein Leben ohne Kriminalität gelingt, braucht es nach der Haft
bestmögliche Unterstützung, insbesondere bei der Wohnungssuche, bei der Suche
nach einer Arbeitsstelle oder beim Schuldenabbau. Wir setzen uns dafür ein, dass die
Angebote der unterschiedlichen Hilfesysteme besser vernetzt werden. Die
Bewährungshilfe und die freie Straffälligenhilfe wollen wir aufwerten und die
830 Ehrenamtlichen besser begleiten und fortbilden.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- eine angemessene personelle und materielle Ausstattung von Justiz und
835 Justizvollzug,
- die Auswahl von Richter*innen durch einen Richter*innen-Wahlausschuss,
- die Entwicklung von Alternativen zur Freiheitsstrafe und alternative
Wiedergutmachungsverfahren.

840

Wir stärken die, die uns retten.

Freiwillige Feuerwehren nehmen eine elementare gesellschaftliche Aufgabe für das
Gemeinwohl wahr. Sie sind nicht nur das Rückgrat der Brandbekämpfung, sondern
845 auch ein wichtiger Ort des Engagements für unsere Gesellschaft. Die personelle
Situation der Freiwilligen Feuerwehren in Sachsen wird jedoch immer schlechter. Wir
wollen deswegen die Feuerwehren im ländlichen Raum durch die Einrichtung gut
ausgestatteter gemeindeübergreifender **Stützpunktfeuerwehren** strukturell stärken.

850 Brandmelder retten Leben und helfen damit auch der Feuerwehr. Bisher ist in Sachsen
lediglich halbherzig eine Brandmelderpflicht für Neubauten eingeführt worden. Wir
wollen nicht, dass der Schutz von Menschenleben vom Alter des Gebäudes abhängt,
und werden eine Nachrüstpflicht für alle Wohngebäude durchsetzen.

855 Eine gute **Aus- und Fortbildung** ist der Schlüssel für eine gute Arbeit der
Feuerwehren. Deshalb haben wir das Ziel die Landesfeuerwehr- und
Katastrophenschutzschule weiter auszubauen, damit die ehrenamtlichen Einsatzkräfte
regelmäßige Weiterbildungen und attraktive Fortbildungen angeboten bekommen.
Dabei muss auch dem Themenfeld Katastrophenschutz stärker Rechnung getragen
860 werden.

Das Ehrenamt in allen Hilfsorganisationen braucht eine **bessere Anerkennung**, damit
sich wieder mehr Menschen für diesen anspruchsvollen und verantwortungsvollen

865 Dienst an unserer Gesellschaft entscheiden. Wir setzen uns für eine bessere Anerkennungskultur, nicht nur, aber auch in Form einer angemessenen Grundaufwandsentschädigung, für das Ehrenamt im Bevölkerungsschutz ein. Weiterhin wollen wir uns dafür stark machen, dass verstärkt auch Migrant*innen Mitglied in den Freiwilligen Feuerwehren werden.

870 Wer schnelle medizinische Hilfe benötigt, muss diese auch rechtzeitig bekommen. Deshalb setzen wir uns für eine **Verbesserung des Rettungsdienstes** in Sachsen ein. Viel zu häufig werden derzeit die gesetzlich festgeschriebenen Hilfsfristen von 12 Minuten nicht eingehalten. Der Kostendruck im Rettungsdienst hat sich in den letzten Jahren stark bemerkbar gemacht. Rein auf finanzielle Kriterien zugeschnittene Ausschreibungsverfahren der Landkreise gehen zu Lasten der Mitarbeiter*innen im Rettungsdienst. Nicht ohne Grund ist in den vergangenen Jahren auch im Rettungsdienst ein Fachkräftemangel zu verzeichnen. Um die angespannte Situation im Rettungsdienst zu ändern, muss nicht nur das Innenministerium seiner Aufgabe als zuständige Aufsicht gerecht werden, sondern auch das System der Rettungsdienstvergabe in Sachsen neu gedacht werden. Wir setzen uns für eine Abkehr vom gegenwärtigen Vergabemodell ein und wollen eine ernsthafte Diskussion über Alternativen anstoßen.

885 Wir werden den **Katastrophenschutz** finanziell stärken und dafür Sorge tragen, dass ehrenamtliche Helfer*innen im Katastrophenschutz den anderen Hilfseinheiten in Bezug auf die Finanzierung und die Freistellung gleichgestellt werden – auch bei deren Einsätzen unterhalb der Katastrophenschwelle, die einen Großteil des Alltags ausmachen.

890 Die **Psychosoziale Notfallversorgung** ist ein wichtiger Teil der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr. Die vorhandenen ehrenamtlichen Strukturen in den Landkreisen brauchen dringend Unterstützung. Wir werden deshalb die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Psychosoziale Notfallversorgung als Pflichtaufgabe der Landkreise Eingang in die Gesetzgebung erhält und wollen die Vernetzung zwischen Psychosozialer Notfallversorgung und den Einheiten des Katastrophenschutzes stärker befördern.

900 Angriffe auf Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst stellen ein ernstzunehmendes Problem dar. Die Verschärfung des Strafrechts ist jedoch in unseren Augen kein geeignetes Mittel, um die Einsatzkräfte besser zu schützen. Wir setzen uns für regelmäßige Konflikt- und Deeskalations- sowie Selbstverteidigungstrainings für Einsatzkräfte ein, um deren Selbstvertrauen im Einsatz zu stärken.

905 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- eine Nachrüstpflicht für Brandmelder in allen Wohngebäuden,
- eine angemessene monatliche Grundentschädigung für Mitglieder der Hilfs- und Rettungsorganisationen,
- Psychosoziale Notfallversorgung als Pflichtaufgabe der Landkreise.

Die bestmögliche Verwaltung für einen gut funktionierenden Freistaat

915

Eine leistungsstarke und am Wohle der Menschen orientierte Verwaltung ist ein Kernelement unseres demokratischen Rechtsstaates. Die Verwaltung eines Landes ist nichts Abstraktes, sie wird durch die Menschen geprägt, die ihr jeden Tag ein Gesicht geben. Gut ausgebildete und motivierte Mitarbeiter*innen sind ein großes Pfund für eine moderne bürger*innennahe Verwaltung.

920

Sachsens Verwaltung braucht ein Personalkonzept

925

Viel zu lange wurde in Sachsen die Mitarbeiter*innenschaft in der Verwaltung vor allem als Sparmasse für den Finanzminister gesehen. Drei Jahrzehnte CDU-Personalpolitik mit Stellenstreichungen und unterbliebenen Einstellungen haben dazu geführt, dass der Freistaat Sachsen bis 2030 nun über 38.000 neue Fachkräfte gewinnen muss. Dennoch verstreicht Jahr um Jahr, ohne dass sich die Staatsregierung planvoll dieser Herausforderung annimmt und die Attraktivität des öffentlichen Dienstes in Sachsen in einem zunehmend umkämpften Arbeitsmarkt deutlich erhöht.

930

935

Wir wollen deshalb zusammen mit den Gewerkschaften und Personalräten einen verbindlichen und transparenten Weg entwickeln, den öffentlichen Dienst in Sachsen auf Dauer leistungsfähig und fit für die Zukunft zu machen – mit ausreichend gut motiviertem und gut bezahltem Personal. Wir brauchen dafür endlich die Entwicklung eines zukunftsweisenden laubahn- und ressortübergreifenden **Personalkonzepts** für die gesamte sächsische Verwaltung mit verbindlicher mittel- und langfristiger Planung der Aufgaben und vor allem des dafür notwendigem Personals. Um zu verhindern, dass nebeneinanderher geplant wird, müssen zukünftig Konzepte zu Behördenstandorten, Personalplanung und individueller Personalentwicklung Hand in Hand gehen.

940

945

Wer als Arbeitgeber*in attraktiv sein will, muss die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine **gute Bezahlung** im öffentlichen Dienst. Dazu gehört auch eine Besoldung, die nicht nur gerade so verfassungsgemäß ist, sondern die Leistung unserer Landesbediensteten angemessen honoriert. Sachgrundlose Befristungen im öffentlichen Dienst empfinden wir als mangelnde Wertschätzung gegenüber den Mitarbeiter*innen. Deshalb wollen wir sie abschaffen.

950

955

Wir bauen die Möglichkeiten aus, die eine Arbeit im öffentlichen Dienst seinen Mitarbeiter*innen bietet. Dies bedeutet für uns die gezielte Frauenförderung in Spitzenpositionen und „Männerdomänen“ mit einem zeitgemäßen **Gleichstellungsgesetz** wie auch die Schaffung des Anspruchs auf flexible Arbeitszeiten. Jobsharing und Home Office sind für uns berechtigte Ansprüche der Mitarbeiter*innen an ein zeitgemäßes, attraktives Arbeitsumfeld in der Verwaltung. Wir wollen die Rechte der Personalvertretungen stärken, um den Mitarbeiter*innen in der Verwaltung mehr Möglichkeiten der Mitgestaltung zu geben.

960

965

Eine gute Verwaltung braucht eine **bestmögliche Ausbildung**. Deswegen wollen wir die Verwaltungshochschule des Freistaates weiter stärken. Mit einer stärkeren Individualisierung von Ausbildung und Karriere im öffentlichen Dienst wollen wir die Verwaltung öffnen – sowohl für Quereinsteiger*innen als auch für Migrant*innen. Die Vertiefung des länderübergreifenden und EU-weiten Austauschs unmittelbar auf

Behördenebene ist uns dabei ein wichtiges Anliegen. So können im öffentlichen Dienst auf breiter Basis interkulturelle Kompetenzen auch jenseits des sächsischen Tellerrandes erlernt werden.

970 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- ein Personalkonzept für die öffentliche Verwaltung mit verbindlicher mittel- und langfristiger Planung, damit künftig Ausbildung und Personalplanung aus einem Guss erfolgen,
- eine angemessene Besoldung der Landesbediensteten,
- die Abschaffung sachgrundloser Befristungen von Arbeitsverhältnissen im öffentlichen Dienst,
- gezielte Förderung von Frauen und zeitgemäße Arbeitsformen in der Verwaltung.

980

Ein weltoffenes Sachsen in Europa

985 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für die Verwirklichung der europäischen Idee – für Frieden, Freiheit und Solidarität. Sachsen ist nicht nur Teil der Bundesrepublik sondern auch eines geeinten Europas. Europa bringt Sachsen viele Vorteile, sowohl gesellschaftlich als auch finanziell.

990 Wir sehen Sachsens Aufgabe darin, in den kommenden Jahren einen Beitrag für ein stärkeres, demokratischeres und solidarischeres Europa zu leisten. Dafür werden wir auch im Sächsischen Landtag kämpfen. Wir begreifen Sachsens geografische Lage als eine große Chance und wollen die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarländern verbessern.

995 Die Wiedereinführung von Grenzkontrollen zu unseren europäischen Nachbarländern lehnen wir als Angriff auf all jene Werte, für die die europäische Idee steht, ab. Wir wollen, dass Sachsen die Aushöhlung der Demokratie in einigen Ländern Mittel- und Osteuropas offen thematisiert. Ein Hofieren rechtspopulistischer Kräfte kommt für uns nicht in Frage. Sachsens gute Kontakte nach Ostmitteleuropa dürfen nicht dazu führen, dass Grundrechtsverstöße beispielsweise in Ungarn oder Polen als scheinbare Normalität akzeptiert werden. Wir GRÜNE sehen vielmehr den zivilgesellschaftlichen Austausch als wichtigste Grundlage für eine gute Zusammenarbeit mit anderen europäischen Ländern.

1005

Sachsens Beitrag zu mehr Demokratie in einem geeinten Europa

1010 Wir wollen Sachsens Einfluss nutzen, um Europa demokratischer zu gestalten. Die Europäische Union ist demokratisch legitimiert. Gleichzeitig hat sie als Demokratie aber noch Schwächen, die wir abbauen wollen. Der Freistaat Sachsen soll sich dafür einsetzen, dass Deutschland die Reformanstöße Frankreichs und der EU-Kommission im Sinne einer Vertiefung der Europäischen Demokratie aufgreift.

1015 Die Einsetzung eines eigenständigen Europaausschusses des Sächsischen Landtags in der laufenden Legislaturperiode war ein wichtiger Schritt und ein GRÜNER Erfolg. Der Ausschuss trägt dem Einfluss, den die europäische Gesetzgebung auf das

1020 Alltagsleben in Sachsen hat, Rechnung, weshalb wir uns für die Beibehaltung des Ausschusses stark machen. Wir setzen uns für vermehrte Dialoge des Europaausschusses mit Rat und Kommission ein, die an den Schwerpunktinteressen des Freistaates entlang geführt werden sollten. Es ist jetzt an der Zeit, den Landtag in europäischen Belangen weiter zu stärken. Der Landtag als Landesgesetzgeber muss weiter konstruktiv an EU-Gesetzgebungsprozessen mitwirken. Wir wollen, dass er sich bereits im Vorfeld etwaiger Kommissions-Initiativen mit Vorschlägen zum Beispiel zum Jahresprogramm der Kommission oder in Konsultationen einbringt, statt nur im

1025 Nachhinein über europäische Entscheidungen zu klagen. Wir fordern zudem, dass die Vertreter*innen im **Ausschuss der Regionen** durch den Landtag gewählt anstatt wie bisher durch die Staatsregierung bestimmt werden, um sie damit auf regionaler Ebene stärker demokratisch zu legitimieren.

1030 Wir wollen, dass der Freistaat Sachsen sich für mehr Demokratie in der EU einsetzt – beispielsweise für ein Initiativrecht des Europäischen Parlaments in der EU-Gesetzgebung und für die Senkung der Beteiligungshürden der Europäischen Bürgerinitiative.

1035 Bei Europa- und Kommunalwahlen haben alle EU-Bürger*innen, die in Sachsen leben, die Möglichkeit, hier an den Wahlen teilzunehmen. Wir wollen für sie unter gleichen Bedingungen, wie für deutsche Staatsangehörige ein Landtagswahlrecht einführen. Dazu soll sich Sachsen den Initiativen zur Öffnung des Grundgesetzes anschließen. Perspektivisch sollte die Unionsbürgerschaft zu einer europäischen

1040 Staatsbürgerschaft fortentwickelt werden, so dass Unionsbürger*innen in den Mitgliedstaaten, in denen sie leben, grundsätzlich die vollen bürgerlichen Rechte genießen.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 1045
- die Stärkung des Europaausschusses im Landtag,
 - die Wahl der Vertreter*innen im Ausschuss der Regionen durch den Landtag.

1050 **Sachsen braucht gute Nachbarschaft**

Mit seiner zentralen Lage und den Nachbarländern Polen und Tschechien hat Sachsen ideale Voraussetzungen für eine grenzübergreifende, vertrauensvolle europäische Zusammenarbeit. Wir GRÜNE sind überzeugte Europäer*innen und wollen europäische Partnerschaften intensivieren. Sachsen profitiert enorm von offenen Grenzen – ein Potenzial, welches wir maximal nutzen wollen. Wir wollen das Wissen über die Nachbar*innen verbessern, die gemeinsame Geschichte kennen und verstehen lernen. Gemeinsame Bildungsangebote für Kinder, Jugendliche und Erwachsene aller drei Nachbarländer sind dabei die Basis für den Abbau von

1055 Vorurteilen: sie tragen zu einem verständnisvollen Miteinander bei, stärken die gemeinsame euroregionale Identität und helfen, die Zusammenarbeit in vielen wichtigen Bereichen zu vertiefen. So wollen wir Schritt für Schritt daran arbeiten auch mentale Grenzen zu überwinden und in Europa noch stärker zusammenzuwachsen. Das wollen wir besonders in Zeiten wachsender Skepsis gegenüber der europäischen

1060 Idee in Sachsen, Tschechien und Polen deutlich machen. Gut funktionierende Euroregionen können den Bürger*innen die Vorteile des vereinten Europa nahebringen.

1065

1070 Zu Beginn der neuen INTERREG-V-A-Förderperiode wollen wir sicherstellen, dass die von der EU bereitgestellten Finanzmittel nicht zur Erfüllung originärer staatlicher Aufgaben verwendet werden. Das Geld muss vielmehr dafür eingesetzt werden, die speziellen **Probleme der Grenzregionen** zu lösen. Wir wollen die Förderung für Projekte der Zusammenarbeit von Hochschulen, der Berufsausbildung oder der Förderung eines grenzübergreifenden Arbeitsmarktes nutzen.

1075 Städtepartnerschaften wollen wir ausbauen und stärken und gemeinsam nach neuen Perspektiven und Möglichkeiten des Austauschs über ähnliche Problemlagen, wie beispielsweise die Gestaltung des öffentlichen Raumes, nachhaltige Mobilität oder Luftreinhaltung ermöglichen. Das touristische Potenzial der Grenzregionen wollen wir besser nutzen. Möglichkeiten dafür sehen wir beispielsweise in der grenzübergreifenden Entwicklung und Vermarktung von Dienstleistungsangeboten im Bereich Tourismus. Das grenzübergreifende ÖPNV-Angebot wollen wir verbessern und beispielsweise die Gültigkeit des Elbe-Labe-Ticket auf zwei Tage verlängern.

1085 Auch im Bereich Medien wollen wir enger mit unseren Nachbar*innen zusammenarbeiten. Projekte länderübergreifender Berichterstattung wollen wir fördern und so auch die Sichtbarkeit (euro)regionaler Aktivitäten erhöhen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Freistaat in den lokalen Tageszeitungen Beilagen in den Sprachen der Nachbarländer veröffentlicht. Auch die Kulturgeschichte der Region wollen wir sichtbar machen. Wir setzen uns für eine Kooperation mit polnischen und tschechischen Museen ein, um einen Austausch von Ausstellungen oder Exponaten zur Veranschaulichung der gemeinsamen Geschichte zu ermöglichen.

1090 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 1095
- Bildungsangebote für alle Altersgruppen, die das Verständnis für die Nachbarländer und über die gemeinsame Geschichte fördern,
 - die zielgenaue Verwendung der INTERREG-V-A-Förderung zur Lösung von Problemen der Grenzregionen,
- 1100
- den Ausbau der Zusammenarbeit mit den Nachbarländern im Tourismus.

EU-Förderung ab 2021 nachhaltig vor Ort einsetzen

1105 Im Jahr 2021 beginnt die neue EU-Förderperiode. Aufgrund des Brexits und der wirtschaftlichen guten Entwicklung Sachsens werden dem Freistaat vermutlich weniger Mittel zur Verfügung gestellt werden. Umso mehr kommt es darauf an, wie wir diese Mittel einsetzen. Europa definiert sich für uns über Solidarität – nicht allein darüber, möglichst viel Geld abzubekommen. Gerade in Zeiten vermehrter anti-europäischer Töne wollen wir den Fördermitteleinsatz im gesamteuropäischen Kontext sehen und fordern, dass Sachsen sich in Zukunft für einen weiteren gesamteuropäischen Unionsansatz stark macht, statt nationalstaatliche Differenzierungen zu befürworten.

1115 Wir wollen vor allem darüber reden, wofür die Mittel ab 2021 eingesetzt werden sollen. Die Menschen vor Ort wissen am besten, wo das Geld sinnvoll eingesetzt ist. Deswegen möchten wir partizipative Entscheidungen vor Ort und einen **dezentralen Ansatz der Kohäsionspolitik** stärken, indem Bürger*innen auf unterster Ebene, zum

1120 Beispiel in lokalen Aktionsgruppen, darüber mitentscheiden, wie Mittel vergeben werden. Ein partizipativer Ansatz, wie etwa beim LEADER-Programm, soll auch für andere Programme möglich werden.

1125 Wir wollen die Vernetzung von Akteur*innen vor Ort unterstützen und Best-Practice-Austausche zwischen ihnen fördern. **Bürger*innenbeteiligungsformate** wollen wir besonders in grenznahen Regionen grenzübergreifend schaffen. Der bürokratische Aufwand für Antragstellende soll dabei möglichst gering gehalten werden. Die Anlaufstellen sollen auf die regionalen Bedarfe zugeschnitten sein und konkrete Hilfestellung bei der Beantragung geben. Unser Ziel ist es, die Zeit bis 2021 zu nutzen, um die laufende Förderperiode gemeinsam mit den Fördermittelempfänger*innen zu evaluieren, insbesondere hinsichtlich einer möglichst zügigen Umsetzung der Förderprogramme und einer schnellen Mittelausreichung. Unnötige Verzögerungen, wie bisher beim LEADER-Programm, darf es hier zukünftig nicht mehr geben.

1135 Beim Einsatz der Mittel für die nächste Förderperiode wollen wir den Solidargedanken in den Mittelpunkt stellen und die Fördergelder im Grenzraum zu Polen und Tschechien grenzüberschreitend einsetzen. Die Eindämmung des Klimawandels und die Einstellung auf seine Folgen müssen auch in Sachsen ein Schwerpunktinvestitionsfeld von EU-Fördergeldern werden. Wir wollen zudem eine stärkere Investition der Fördergelder in umweltfreundliche Innovationen, Energieeffizienz, erneuerbare Energien und Energieversorgung sowie die Verringerung der CO₂-Emissionen der Wirtschaft erreichen. Die Förderung der lokalen Wirtschaft und der effizienten Nutzung lokaler Ressourcen muss dabei ebenso eine große Rolle spielen wie eine bessere Unterstützung kleiner und mittelständischer Unternehmen. Ziel muss es auch sein, das Ende der Förderung fossiler Energieträger einzuleiten und die Lausitz als europäische Modellregion für einen gelingenden Strukturwandel zu unterstützen. Gerade in der Grenzregion kann zudem die Förderung nachhaltiger CO₂-armer Mobilität einen großen Effekt erzielen. Nicht zuletzt muss aber gerade in der aktuellen Situation auch der Förderung des kulturellen Erbes und der kulturellen Vielfalt eine große Bedeutung zukommen.

1150 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- die Möglichkeit, vor Ort über die Verwendung von EU-Fördermitteln mitzuentcheiden,
- grenzübergreifende Solidarität und Klimaschutz als Kriterien für die Verwendung von Fördermitteln.

Ein weltoffenes Sachsen übernimmt globale Verantwortung

1160 Das andere Sachsen, für das wir streiten, ist ein Sachsen der Weltoffenheit. Als solches wollen wir auch global Verantwortung übernehmen. Globale Entwicklungen lassen uns in Sachsen nicht unbehelligt – wir wollen uns diesen Herausforderungen wie etwa den Folgen der Klimakrise, Flucht und Migration oder Nachhaltigkeit in unserem Konsum und Lebensweise stellen. Wir verstehen die dafür nötige Entwicklungspolitik nicht als isoliertes Politikfeld oder gar „Nischenthema“, sondern als existenzielle Querschnittsaufgabe, die sich schlüssig durch sämtliche Politikfelder und durch alle Institutionen im Freistaat ziehen muss.

- 1170 Wir sehen uns in Sachsen den „Sustainable Development Goals“ der Vereinten Nationen verpflichtet. Diese Ziele für nachhaltige Entwicklung richten sich an alle Staaten und Regionen weltweit, also auch an Sachsen. Internationale Partnerschaften aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Kirchen, Kommunen, Verwaltung, Schulen und anderen wollen wir unterstützen. In dieser Zusammenarbeit können wir viel
- 1175 voneinander lernen, um gemeinsam globalen Herausforderungen zu begegnen. Es gibt viele Menschen und Organisationen, die sich entwicklungspolitisch einsetzen und zusammenarbeiten. Diese Menschen, zivilgesellschaftliche Organisationen und Netzwerke sollen besser unterstützt werden. Wir GRÜNE wollen die **Arbeit des Entwicklungspolitischen Netzwerks Sachsen** fördern und einen ständigen entwicklungspolitischen runden Tisch etablieren. Eine-Welt-Promotor*innen wollen wir fördern und die Vergabe eines jährlichen Eine-Welt-Preises in Sachsen einrichten.
- 1180

- Auch der Freistaat ist verantwortlich für die gesellschaftlichen Folgen seines Handelns und steht deswegen bei seinen eigenen Ausgaben entwicklungspolitisch in der Pflicht.
- 1185 Sächsische Steuergelder dürfen nur für Waren und Dienstleistungen verwendet werden, die unter menschenwürdigen und ökologisch sowie sozial verträglichen Bedingungen entstehen. Dafür wollen wir das **Vergabegesetz** reformieren, um verbindlich sicherzustellen, dass klare formulierte ökologische, ökonomische, soziale und ethische Standards bei Produktion und Handel beachtet werden. Investitionen in Rüstungsgeschäfte, Atom- oder Kohleindustrie kommen für uns nicht in Frage.
- 1190

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 1195
- einen ständigen entwicklungspolitischen runden Tisch und die Unterstützung entwicklungspolitischer Organisationen,
 - die Aufnahme ökologisch und sozial nachhaltiger Standards bei Handel und Produktion als Kriterien in das sächsische Vergabegesetz.